

Mit dem Beginn der Sommerferien die schlechte Nachricht: Die Tageszeitungsverlage und ihre Verleger beharren weiter auf ihren Tarifforderungen, die für die Tageszeitungsredakteure massive Einschnitte zur Folge hätten. Die Urabstimmung hat klar gemacht: Auch in Nordrhein-Westfalen wird bald gestreikt. Die Gründe liegen klar auf der Hand. Setzen sich die Verlage mit ihren Forderungen durch, droht, dass sich künftig kaum noch jemand für den Journalismus als Beruf entscheidet. Die Verleger sägen den Ast ab, auf dem nicht nur sie, sondern auch die Redakteure sitzen. Ein „Dumping-Tarif“ für Neueingestellte wird jedenfalls kategorisch abgelehnt, teilten die Journalistengewerkschaften djv und dju ihre unmissverständliche Haltung mit.

In der am 20. und 21. Juli durchgeführten Urabstimmung in der Tarifrunde für Redakteure und Freie an Tageszeitungen haben die Mitglieder der beiden Journalisten-gewerkschaften den Weg für Streiks in Nordrhein-Westfalen frei gemacht.

98,9 Prozent der dju-Mitglieder, die an der Urabstimmung teilnahmen, votierten für einen Arbeitskampf. Beim DJV waren es 98,5 Prozent. Damit wurden die erforderlichen Zustimmungs-quoren von 75 Prozent (dju in ver.di) bzw. zwei Dritteln (DJV) deutlich übertroffen. Im Münsterland gab es zu Beginn des Tarifkonflikts in einzelnen Redaktionen Protestaktionen, gestreikt wurde bislang nicht.

Die Urabstimmung wurde landesweit bei mehr als zwei Dutzend Titeln nordrhein-westfälischer Tageszeitungen durchgeführt.

Da die Urabstimmung von Warnstreiks seit Mittwoch (20. Juli) begleitet wurde, die bis einschließlich Sonntag (24. Juli) fortgesetzt werden, ist in den kommenden Tagen mit erheblichen Beeinträchtigungen in der Berichterstattung der betroffenen Zeitungen zu rechnen.

Die weiteren Streikmaßnahmen werden ver.di und der DJV mit ihren Mitgliedern entwickeln. Vieles ist durch die große Zustimmung bei der Urabstimmung möglich geworden.

Bei Kundgebungen und Streikversammlungen hatten allein am 20. Juli in Schwerte und in Bielefeld annähernd 600 Streikende ihren Protest gegen die Position des BDZV deutlich

gemacht. Zusätzlich wurde auch in anderen Orten in Nordrhein-Westfalen mit Bürgerinnen und Bürgern diskutiert, warum Journalistinnen und Journalisten für ihre Belange auf die Straße gehen. Die dju in ver.di und der DJV fordern u.a. den Erhalt des Manteltarifvertrages und Gehaltserhöhungen von vier Prozent. Umfassende Informationen unter <http://www.djv-tarife.de>

.

[Presseinformation \(PDF\)](#)